



05.093

**11. AHV-Revision  
(Neufassung).  
Leistungsseitige  
Massnahmen****11e révision de l'AVS  
(nouvelle version).  
Mesures relatives  
aux prestations***Schlussabstimmung – Vote final*

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.08 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.03.08 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.08 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.03.08 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.06.09 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.06.09 (FORTSETZUNG - SUITE)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 04.06.09 (FORTSETZUNG - SUITE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.12.09 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.03.10 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.06.10 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.09.10 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.09.10 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)  
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.10.10 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)  
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 01.10.10 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Prelicz-Huber** Katharina (G, ZH): Wie angekündigt, werden die Grünen der 11. AHV-Revision nicht zustimmen.

Die Vorlage ist für uns keine Möglichkeit; wir wollen nicht wieder eine Sparmassnahme bei der AHV auf Kosten der Frauen durchführen – hier mit der Erhöhung des Rentenalters –, ohne dafür eine wirkliche Abfederung zu erhalten. Anlässlich der 10. AHV-Revision wurde versprochen, dass eine vorzeitige oder flexible Pensionierung eingeführt werde. Der jetzige Beschluss ist jedoch vollkommen ungenügend, die 400 Millionen Franken reichen nirgendwohin. Sie reichen speziell nicht aus für diejenigen, die eigentlich angesprochen sind, nämlich die Leute mit mittleren und kleinen Einkommen. Der Betrag der Rente bleibt zu klein, die Leute können es sich nicht leisten, weil die Rente nicht existenzsichernd wird. Der sogenannte Kompromiss ist also eine Farce. Hinzu kommt noch eine nicht mehr regelmässig erfolgende Anpassung an die Teuerung, d. h. also ein Abbau der Rente.

Wir sagen deshalb klar Nein zu dieser unausgegorenen Vorlage. Für uns heisst das: Es braucht in Zukunft ein flexibles oder ein vorzeitiges Rentenalter für alle, die das wollen, und wir wollen eine existenzsichernde AHV, wie das schon längst in der Verfassung steht. Wir bitten Sie deshalb, zu dieser Vorlage Nein zu sagen.

Falls wir heute dafür eine Mehrheit kriegen, ist das wunderbar. Ansonsten werden sich die Grünen am Referendum beteiligen.

**Häberli-Koller** Brigitte (CEg, TG): Die 11. AHV-Revision ist ein Kompromiss der letzten Chance. Diese Vorlage ist ausgewogen und löst das Versprechen ein, welches bei der 10. AHV-Revision gemacht wurde, nämlich, eine Flexibilisierungslösung einzuführen. Einerseits schaffen wir damit für Leute mit kleinem Einkommen die Möglichkeit, ihre Rente früher zu beziehen, andererseits sparen wir mit der Revision 510 Millionen Franken





pro Jahr. Die AHV braucht diese zusätzlichen Mittel dringend. Wer heute Nein sagt, setzt die Sicherheit der Renten aufs Spiel.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die AHV-Renten nach wie vor der Teuerung angepasst werden. Erst wenn der Stand des AHV-Ausgleichsfonds unter 70 Prozent einer Jahresausgabe fällt, werden die Renten nur noch dann angepasst, wenn die Teuerung mindestens 4 Prozent beträgt. Es wurde verschiedentlich kolportiert, dass diese Anpassung an die Teuerung wegfalle, und das ist schlicht und einfach falsch.

Stehen wir heute wegen einer weiteren unheiligen Allianz von rechts und links wieder vor einem Scherbenhaufen? Das kann doch nicht sein! Es geht immerhin um unser wichtigstes Sozialwerk. Sie haben es heute in der Hand, eine ausgewogene Revision anzunehmen, die eine Flexibilisierungslösung einführt und trotzdem wichtige Einsparungen bringt.

Unsere Fraktion unterstützt diese Revision und setzt sich damit für eine starke und sichere AHV ein.

**Huber Gabi** (RL, UR): Frauen sollen künftig bis 65 arbeiten, und die Frührenten einkommensschwacher Personen – es sind vorwiegend Frauen – sollen während zehn Jahren verbilligt werden, und zwar aus dem AHV-Fonds und nicht etwa zulasten der Bundeskasse. Das ist, kurz gesagt, das Resultat einer mehrjährigen Arbeit, welche die Linke, offenbar zusammen mit der SVP, abschiessen will. Wenn die Linken Nein sagen, dann sagen sie Nein zu 400 Millionen für den Rentenvorbezug von Frauen, die es wirklich verdienen, für Frauen, die während ihres ganzen Lebens für ziemlich wenig Lohn sehr viel gearbeitet haben. Wenn die SVP-Fraktion Nein sagt, dann sagt sie Nein zu einer Revision, die in einem Zeitraum von zehn Jahren Nettoeinsparungen von etwa 5 Milliarden Franken bringt.

Unser Parlament hat eine Verantwortung, Kompromisse zu tragen, Kompromisse, denen unterschiedliche Meinungen zugrunde liegen. Auch die FDP-Liberale Fraktion hätte bei dieser Vorlage lieber mehr gespart. Aber Konkordanzpolitik, über die wir während dieser Session in diesem Saal ziemlich viel gehört haben, ist eben nicht eine "Vogel friss oder stirb"-Politik, sondern oft die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Wir sind den Wählerinnen und Wählern Lösungen schuldig. Es wäre wirklich schwer verständlich, würde das Parlament nach so vielen Diskussionen einfach eine Baustelle hinterlassen.

Wenn diese Vorlage nun versenkt würde, könnte auch keine Volksabstimmung abgehalten und keine Diskussion mit der Bevölkerung geführt werden, obwohl gerade das nur Gutes bringen und allen bewusst machen würde, dass die Probleme der Sozialversicherungen nur zusammen mit dem Volk gelöst werden können. Aber aus welchen Gründen auch immer scheut man in diesem Saal offenbar die Auseinandersetzung mit dem Volk. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt diese Vorlage; ich rufe Sie auf, ein Gleiches zu tun. Siegerin wäre in jedem Fall unsere Bevölkerung, die bezüglich AHV in eine solidere

AB 2010 N 1671 / BO 2010 N 1671

Zukunft schauen könnte, und Siegerin wäre auch die Politik, weil sie zeigen würde, dass es noch möglich ist, Kompromisse mit einem Gleichgewicht zwischen Sozialverträglichkeit und Einsparungen zu finden.

**Gadient Brigitta M.** (BD, GR): Mit dieser 11. AHV-Revision soll das Ausgabenwachstum der Versicherung gebremst werden, denn spätestens ab 2017 zeichnen sich hohe und rasch steigende Defizite ab. Zur Sicherung der finanziellen Lage der AHV sind Reformen daher dringend nötig. Nach langem Hin und Her haben sich unsere Räte bei den wichtigsten Fragen endlich auf folgende Eckpunkte geeinigt: die Angleichung des Frauenrentenalters an jenes der Männer sowie die Erweiterung der Möglichkeiten zum Aufschub und zum Vorbezug der Rente, eine Flexibilisierung also, und zwar mit einer moderaten sozialen Abfederung für diejenigen, die es besonders nötig haben, d. h. vorab die Bezüger tiefer Einkommen und auch die Frauen.

Der vorliegende Kompromiss ist wirklich das, was das Wort "Kompromiss" eben besagt: Beide Seiten des politischen Spektrums können nicht nur nehmen, sondern müssen auch geben. Wird die in etwa zehn Jahren ausgehandelte Lösung, welche schliesslich in beiden Räten von einer Mehrheit akzeptiert worden ist, jetzt aber bei der Schlussabstimmung in unserem Rat aus politischen Gründen nicht respektiert und die dringend nötige Revision abgelehnt – was dann? Dann schieben wir die Probleme vor uns her, die nötigen Einsparungen werden nicht realisiert, die soziale Abfederung beim Rentenvorbezug ist auch dahin, und der Druck zum Sparen, der Druck auf die Renten wird noch grösser. Eine Ablehnung würde auch unserem jahrelangen Bemühen um eine gesunde AHV widersprechen.

Ich bitte Sie daher namens der BDP-Fraktion dringend, diese Vorlage zur Sicherung unserer AHV, bei der – ich sage es noch einmal – alle Zugeständnisse machen mussten und müssten, gutzuheissen und zur Sicherung unserer AHV einen wichtigen Schritt vorwärts zu machen.

**Rechsteiner Paul** (S, SG): Die 11. AHV-Revision, über die wir nach fünf Jahren jetzt dann abstimmen werden,





ist schlecht. Sie ist schlecht für die Frauen, schlecht für die Rentnerinnen und Rentner, denen das Recht auf einen Teuerungsausgleich weggenommen wird, schlecht für die verheirateten Männer, schlecht für die ganze Bevölkerung, die im Gegenzug zur Heraufsetzung des Frauenrentenalters wiederum keine soziale Frühpensionierung bekommt, die diesen Namen verdient. Deshalb gibt es zu dieser Vorlage nur ein Nein, hier in diesem Saal oder bei einem Referendum an der Urne. Das Referendum ist seitens der SP, aber auch seitens der Gewerkschaften eine beschlossene Sache.

Die SVP – wir werden das noch hören – hat den Rentenabbau während fünf Jahren mitgetragen, auch noch in der ersten Sessionswoche hier im Nationalrat, hat den Medien zufolge jetzt aber offenbar begriffen, dass diese Vorlage in einer Volksabstimmung scheitern würde, und zwar auch bei der eigenen Basis, wie das letztes Mal auch bei der Basis der CVP der Fall war.

Sie stehen jetzt vor einem selbstverschuldeten Scherbenhaufen, meine Damen und Herren von der sogenannten Mitte – der rechten Mitte, die zwar nur einen Drittel der Wählerinnen und Wähler repräsentiert, aber trotzdem seit Montag, wie wir wissen, im Bundesrat wieder die ganze Macht im Staat für sich beanspruchen will, wie der Freisinn im 19. Jahrhundert, der das damals aber auf einer ganz anderen Basis tat. Es müsste nicht nur Ihnen von der CVP und der FDP, sondern auch Herrn Bundesrat Burkhalter zu denken geben, wie es jetzt herauskommt. Herr Bundesrat Burkhalter hat dieses Projekt ja gewiss nicht verschuldet. Es kommt noch aus der sozialpolitisch unglücklichen Ära Couchepin.

Herr Burkhalter spricht gerne von Kompromiss, wie auch Sie jetzt immer wieder von Kompromiss gesprochen haben. Aber denken Sie daran: Kompromisse schliesst man nicht mit sich selber und auch nicht einfach mit jenen, die politisch sowieso gleichgesinnt sind. Am 16. Mai 2004 haben mehr als zwei Drittel der Stimmbürger zu einer ähnlich gelagerten Erstauflage der 11. AHV-Revision Nein gesagt. Für einen Kompromiss muss man nach einem Referendum mit jenen sprechen, die auf der Seite der grossen Mehrheit der Bevölkerung stehen, sonst kommt es halt so heraus, wie es jetzt herauskommt.

Noch etwas: Wenn Sie die Bilanz der sozialpolitischen Reformen der letzten zehn Jahre ziehen, sehen Sie, meine Damen und Herren von der sogenannten Mitte, dass Sie jeweils dann erfolgreich waren, wenn Sie sich mit der Linken geeinigt haben. Beispiele hierfür sind die Pflegeversicherung, die Kinderzulagen, der Erwerbsersatz bei Mutterschaft. Diese Vorlagen wurden, wenn es ein Referendum gab, auch von der Bevölkerung gebilligt.

Das Nein zur 11. AHV-Revision ist ein Ja zu einer starken AHV. Die AHV erträgt keinen Abbau. Das Nein, zu dem ich Sie namens der SP-Fraktion einladen möchte, macht den Weg frei für einen Neustart in der AHV-Politik, für eine AHV-Politik der Vernunft.

**Bortoluzzi Toni (V, ZH):** Wir haben Sie nach der Ablehnung der ehemaligen 11. AHV-Revision in der Volksabstimmung gebeten, sich auf die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre zu beschränken und auf allen weiteren Schnickschnack zu verzichten. Sie haben nun in diese Vorlage insbesondere auch den Weiterausbau der AHV einbezogen, obwohl diese Politik in den Sozialversicherungen, der IV und der Arbeitslosenversicherung, derzeit sichtbar macht, wohin das mittelfristig führt. Die Vorlagen der Neunzigerjahre haben ähnlich ausgesehen. Wenn Sie die leere Kasse der Erwerbsersatzordnung noch dazunehmen, werden im kommenden Jahr 2,5 Milliarden Franken zusätzliche Abgaben erhoben werden müssen, um die schlimmsten Mängel in den Sozialversicherungen zu beheben. Die Krankenversicherung ist nicht eingerechnet; dazu möchte ich mich gar nicht äussern. Die AHV hat heute eine einigermaßen ausgeglichene Situation, weil seit 1999 ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent erhoben wird.

Wir lehnen diese AHV-Vorlage ab, weil sie sachlich falsch ist und sozialpolitisch unnötige Elemente beinhaltet. In den Sozialversicherungen Ausbau zu betreiben muss der Vergangenheit angehören. Eine solide Zukunft der Sozialversicherungen ist nur gewährleistet, wenn Sie auf Ausbauschritte verzichten.

Das Signal, nun finanziell begünstigt früher in Rente gehen zu können, das Sie mit dieser Vorlage aussenden, ist mit Blick auf die Demografie und die steigende Lebenserwartung in unserer Gesellschaft absurd. Ich möchte Sie daran erinnern: Wenn eine Frau heute in Rente geht, kann sie im Durchschnitt erwarten, 22 Jahre lang eine AHV-Rente zu bekommen. Mit dieser Vorlage senden Sie das Signal aus, dass es dann – bei einer Erwerbszeit von vielleicht 45 oder 50 Jahren – 24 oder 25 Jahre sein können. Es muss doch jedem einleuchten, dass das längerfristig nicht funktioniert! Sie überlassen der jungen Generation hier ein Problem: In zehn, fünfzehn Jahren müssen Sie das, was Sie hier produzieren, bezahlen und der nächsten Generation die Rechnung übergeben. Die Sicherung der Sozialwerke muss absolute Priorität haben; dazu gehört der Verzicht auf Ausbauschritte und Experimente, wie sie in diese Vorlage Aufnahme gefunden haben.

Wir verweigern dieser Vorlage die Zustimmung.



**Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (1. Teil der 11. AHV-Revision)  
Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants (1re partie de la 11e révision de l'AVS)**

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 05.093/4632)

Für Annahme des Entwurfes ... 72 Stimmen

Dagegen ... 118 Stimmen

AB 2010 N 1672 / BO 2010 N 1672